

Gefährliche Verlockungen

Von Kurt Schiltknecht — Soziale Wohltaten wie die Erbschaftssteuer helfen den Ärmern nur scheinbar. Sie gefährden die wichtigste Zutat für den Wohlstand der Schweiz: die Vermögensbildung.

Ob das Volkseinkommen eines Landes wächst, hängt unter anderem davon ab, wie viele Leute wie lange arbeiten. Aber auch die Arbeitsproduktivität ist für das Wachstum von grosser Bedeutung. Diese wird durch Innovationen, durch technischen Fortschritt, durch die Menge des eingesetzten Kapitals und den Ausbildungsstand der Arbeitskräfte bestimmt. Während langer Zeit trug die demografische Entwicklung zu den hohen Wachstumsraten in den Industrieländern bei. Immer mehr junge und gut qualifizierte Leute traten in den Arbeitsmarkt ein. Dadurch stieg der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung, und das Volkseinkommen pro Kopf nahm mehr oder weniger laufend zu.

Die Welt war in Ordnung, und die Leute wurden reicher. Begünstigt wurde die Entwicklung in der Schweiz durch eine hohe Sparquote und einen starken Ausbau des Kapitalstocks. Dadurch konnte die Schweiz die überproportional steigenden öffentlichen Ausgaben und die Kosten der Altersvorsorge finanzieren, ohne sich übermässig zu verschulden. Doch ohne Steuererhöhungen ging es auch in der Schweiz nicht.

Inzwischen hat sich die demografische Entwicklung verändert. Das Verhältnis zwischen der Anzahl von Erwerbs- und Nichterwerbstätigen verschlechtert sich infolge Geburtenrückgangs und steigender Lebenserwartung. Immer weniger Leute müssen für immer mehr aufkommen. Das stellt die Wirtschaftspolitik vor eine grosse Herausforderung. Auf der einen Seite muss geprüft werden, welche öffentlichen Ausgaben gestrichen werden können. Auf der anderen Seite muss sich die Politik fragen, mit welchen Massnahmen die Arbeitsproduktivität gesteigert werden kann. Dies ist von zentraler Bedeutung, weil bei der jetzigen demografischen Entwicklung die Erhöhung der Produktivität die einzige Möglichkeit ist, das Volkseinkommen zu steigern.

Marx und die Schiffbrüchigen

Ohne Wachstum lassen sich die steigenden Sozialausgaben nicht finanzieren. Leider wird diesem Aspekt viel zu wenig Beachtung geschenkt. Dafür glauben viele, mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen die Ungleichheit in der Gesellschaft überwinden und zu einer gerechteren Vermögens- und Einkommensverteilung gelangen zu können. Solche

Ideen konnten noch nie erfolgreich umgesetzt werden. Wir wissen aber auch, dass die von Marx vorausgesagte Verelendung des Proletariats in kapitalistischen Ländern nicht eingetreten ist und dass alle sozialistisch oder kommunistisch regierten Länder wirtschaftlichen Schiffbruch erlitten haben.

Dennoch geniessen die Umverteilungsideen, so beispielsweise auch die Erbschaftssteuer-Initiative, in breiten Kreisen grosse Unterstützung. Solche auf den ersten Blick nicht unvernünftigererscheinenden Forderungen verkennen die Realität. Sie berücksichtigen viel zu wenig, dass sich das Verhalten der Einwohner als Folge staatlicher Umverteilungsmassnahmen ändert. Wenn beispielsweise Geld von den Reichen in die Hände von Armen umgeleitet wird, wird dieses anders verwendet als erwartet. Die von der Umverteilung Begünstigten können – zumindest anfänglich – etwas mehr konsumieren. Auf der anderen Seite führt, weil Reiche

eine höhere Sparquote haben, eine starke Umverteilung zu geringeren Ersparnissen und letztlich zu einer geringeren Kapitalbildung. Wenn aber der Kapitalstock in der Wirtschaft weniger wächst oder sogar zurückgeht, hat dies einen negativen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität und auf die Löhne. Je schlechter sich diese entwickeln, umso weniger Geld steht

zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben und der Sozialwerke zur Verfügung. Die Leidtragenden sind dann vor allem diejenigen, die von den Umverteilungsmassnahmen scheinbar am meisten profitieren würden.

In den letzten Jahren konnte vor allem in den unter der Steuerlast leidenden europäischen Industriestaaten beobachtet werden, dass Innovationen wegen der zu kleinen Kapitalbildung nur sehr langsam in der Wirtschaft umgesetzt wurden. Dementsprechend gering war die Zunahme der Arbeitsproduktivität. Die Folgen für die öffentlichen Finanzen sind bekannt. Die Schweiz wäre gut beraten, wenn sie auf Umverteilungsexperimente wie jenes mit der Erbschaftssteuer verzichtet und stattdessen mit der Entlastung des Kapitals für einen starken Ausbau des Kapitalstocks sorgen würde. Denn nur mit dessen starkem Anstieg können die Sozialwerke mehr oder weniger gesichert werden. Es ist naiv, zu glauben, dass mit einer Vermögensumverteilung die Finanzierung der Sozialwerke verbessert werden könnte.

